

Ansprüche vom Nordpol bis Sewastopol

*Russlands Übergriffe im Kaukasus
bezeichnen nicht nur einen
„Kaukasus-Konflikt“*

Fritz W. Peter

- 1. Schreiben an die Bundeskanzlerin*
- 2. Schreiben an den Russland-Beauftragten
der Union*
- 3. Einige ergänzende Texthinweise*

abrufbar unter

www.wadinet.de/news/dokus/888_Autismus-der-Macht.pdf

ergänzend:

www.wadinet.de/news/dokus/889_Autismus-der-Macht-Anhang.pdf

Hintergrund:

www.wadinet.de/news/dokus/890_Nuklearplanung-Warschauer-Pakt.pdf

Mail-Anschreiben zu dem hier auf den Seiten 7 bis 11 wiedergegebenen Schreiben an die Bundeskanzlerin:

From: [Fritz W. Peter](#)

To: [Dr. Angela Merkel](#)

Kaukasus-Konflikt: Antworten der deutschen Politik

Wpt. 8.9.08

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

„Genügt die Antwort Steinmeiers im Kaukasus Konflikt?“ Unter dieser Frage habe ich in mehreren Schreiben an die Herren Kauder, Pofalla, Dr. Schockenhoff ausführliche Überlegungen angestellt und dabei Kritik formuliert, die ich Ihnen hier zuleiten möchte.

Die Anlage zu dieser Mail enthält ein ausführliches Schreiben an Sie, in der Einwände, Überlegungen, Folgerungen/Empfehlungen zusammengefasst sind, sowie zusätzlich die oben erwähnten Schreiben.

In meinen Ausführungen im Anschreiben an Sie beziehe ich mich auf Worte, die Sie bei der Pressekonferenz beim seinerzeitigen Besuch Putins in Dresden gebrauchten -- ich darf hier auf den Schlussabsatz meines Anschreibens verweisen.

Um Durchsicht bitte ich Sie herzlich.

Mit freundlichen Grüßen,

Fritz W. Peter

Fon (0202) 73 18 23

Fax (0202) 73 18 27

peter@4pe.de

info@4pe.de

Mail-Anschreiben an Herrn Dr. Schockenhoff, Stv. Vors. der Unionsfraktion, Koordinator für die deutsch-russische zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt:

From: [Fritz W. Peter](#)

To: [Dr. A. Schockenhoff](#)

Sent: Tuesday, September 09, 2008

Subject: Schreiben an Frau Dr. Merkel zur Russland-Politik

Sehr geehrter Herr Dr. Schockenhoff,

wie zugesagt, möchte ich Ihnen mein Schreiben an die Kanzlerin in Kopie zukommen lassen. Ich äußere darin in ausführlicher, sorgfältig begründeter Weise Kritik an einer von Illusionen getragenen Haltung gegenüber Russland. Leider kann ich Sie von der Kritik nicht ausnehmen. Sie analysieren zwar kritischer als Herr Steinmeier (was nicht schwer ist), geben aber völlig unkritische Handlungsempfehlungen. Im Ergebnis teilen Sie die Steinmeier'sche (eigentlich doch widerlegte) Politik der Selbsttäuschung.

Ich darf Sie auch an Ihr Resümee in ihrem ZEIT-Interview v. 6.6.08 erinnern. Es heißt dort tatsächlich: „Ich denke, dass Russland jetzt stabil genug ist, um sich auch wieder mehr Demokratie und Pluralismus leisten zu können.“ Ich bin versucht, Sie zu fragen, sehr geehrter Herr Dr. Schockenhoff, wie weit diese Einschätzung noch von der Sicht entfernt ist, Russland sei eine lupenreine Demokratie? Anders gefragt: Würden Sie im Wettbüro Ihr Geld (einen nennenswerten Betrag) darauf setzen, dass Russland in den Startlöchern für mehr Demokratie und Pluralismus steht?

Anbei erhalten Sie das Schreiben an die Kanzlerin.

Mit freundlichen Grüßen,

Fritz W. Peter

Fon (0202) 73 18 23

Fax (0202) 73 18 27

peter@4pe.de

info@4pe.de

Postalisches Anschreiben an die Bundeskanzlerin:**Kaukasus-Konflikt: Antworten der deutschen Politik**

Wpt. 13.9.08

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

als e-mail hatte ich Ihnen mein Schreiben vom 6.9.08 zur deutschen Russland-Politik schon zugesandt. Zugehörige Schreiben an die Herren Kauder, Pofalla und Dr. Schockenhoff möchte ich anliegend in einer Zusammenfassung unter dem Titel „Genügt die Antwort Steinmeiers im Kaukasus-Konflikt“ ebenfalls übersenden.

Eine Russland-Politik, die eher die bundespolitische Koalitionsraison spiegelt als den Ernst der energie- und sicherheitspolitischen Bedrohung durch aggressive Vormachtansprüche Moskaus, wäre eine kaum verantwortlich vertretbare Politik. Dass der Koalitionspartner (u. auch mancher Unions-Abgeordnete) in Vorstellungen verhaftet ist, die vielleicht zutrafen, als Russland geschwächerter und nicht im alleinigen Griff der Geheimdienste und einer gefügig gemachten Nomenklatura war, ist beklagenswert genug und sollte nicht auch noch zu substantziellen Zugeständnissen in den Grundlinien deutscher Politik führen. Eine Politik verbaler Gesten dürfte kaum ausreichend sein, um geballte und äußerst planvoll betriebene Großmachtspolitik in die Schranken zu weisen.

Beredterweise wurde das Projekt „Nordstream“ nicht erneut auf den Prüfstand gestellt, mit keinem Wort wurde diese Möglichkeit auch nur angedeutet. Dabei läge hier eine tatsächliche Chance, dem Kreml etwas Entscheidendes so zu signalisieren, dass er es versteht. Estland und Schweden haben Haltung gezeigt.

Argumente sind meistens ein schwache Waffe. Auch in anliegender Stellungnahme möchte ich sie dennoch verwenden.

Mit freundlichen Grüßen

[*Fritz W. Peter*]

Antwort an Frau Dr. Merkel:

From: [Fritz W. Peter](#)

To: [Dr. Angela Merkel](#)

Ihr Schr. v. 16.9.08

Antworten der deutschen Politik

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

für das Schreiben, das Sie mir übermitteln ließen, danke ich sehr. Ich konnte mit einer Antwort nicht rechnen -- und sehe es auch als Ausdruck eines Interesses an Beurteilungen von außerhalb der ohnehin ja vielfältigen institutionellen Abläufe des Politikprozesses und andererseits der Bandbreite und Wucht der Medien. Es drückt sich in diesem Interesse ein vorhandenes, aber nicht selbstverständliches Dialogelement offener Gesellschaften aus.

Anliegend möchte ich eine Zusammenstellung meiner Schreiben zur Russland-Politik, Beispiel Kaukasus-Konflikt, übersenden, da die Schreiben aufeinander aufbauen; das Papier enthält auch die Schreiben und Textanhänge an Herrn Dr. Schockenhoff. Ergänzend füge ich den kürzlichen Beitrag von Hans Rühle zur Analyse des Steinmeier'schen Konzepts für eine deutsche Russland-Politik bei. Ich wüsste keine knappere und treffendere begriffliche Analyse des verfehlten Denk- und Strategieansatzes Schröder-Steinmeiers.

Einen weiteren Hintergrundtext -- i. V. m. einem Anschreiben an Herrn Kauder -- möchte ich ebenfalls beifügen. Er betrifft die sowjetische Nuklearplanung wie sie nach heutigem gesicherten Erkenntnisstand in den Einsatzbefehlen festgelegt war. Russland ist nicht die SU, aber phantasiert sich geopolitisch beinahe täglich mehr in den damaligen machtpolitischen Status hinein -- Nordpol eingeschlossen!

Mit freundlichen Grüßen,

[Fritz W. Peter]

Mail-Anschreiben an Herrn Dr. Schockenhoff / u. Kollegen:

From: [Fritz W. Peter](#)

To: [Dr. A. Schockenhoff](#)

Copy: [Volker Kauder](#) ; [Ruprecht Polenz](#) ; [Eckart von Klaeden](#)

Sent: Sunday, September 25, 2008

Subject: kompletter Vorgang: Anschreiben und Stellungnahmen

Sehr geehrter Herr Dr. Schockenhoff,

es hätte mich positiv überrascht, wenn Sie geantwortet hätten. Vielleicht unterblieb die Antwort bisher aber auch durch Arbeitsbelastung u.ä. -- in jedem Fall möchte ich nicht unterstellen, dass eine Kenntnisnahme der vorgetragenen Argumente verweigert wird. Dass Sie meine Kritikpunkte nicht gelesen haben, kann ich aufgrund der umgebenden Faktoren ausschließen.

Eine Zusammenstellung meiner ausführlichen Schreiben an Sie, Ihre Kollegen und die Bundeskanzlerin (einschließl. der jeweiligen Mail-Anschreiben) möchte ich anbei übersenden, da die einzelnen Texte aufeinander Bezug nehmen. Ich stelle mich gern eventuellen Einwänden.

Österreichs Außenministerin Plassnik nahm im Interview im *Standard* (14.9.) u.a. wie folgt Stellung: „Es kann aber nicht so sein, dass die Nachbarn Russlands eine andere Souveränität haben als jene der USA oder Österreichs. Kein Land kann sich die Regierung des Nachbarn aussuchen. Russland kann nicht wählen, wer in Georgien oder der Ukraine Präsident ist.“ Frau Plassnik verdrängt eben nicht, was offenkundig ist: "Es ist aber klar, dass die fundamentalen Meinungsunterschiede zwischen EU und Russland anhalten werden." Vergeblich wird man vonseiten des deutschen Außenministers auf ähnlich klare, sachliche -- in Wahrheit unumgängliche -- Abgrenzungen warten. Wer aber von illusionären Politikformeln lebt, begibt sich auf vergleichbaren Kurs wie jene Banken (öffentlich und privat), die jetzt von den Folgen ihrer Politik der letzten Jahre eingeholt werden. Auch das äußere Bild zeigt große Ähnlichkeit: Man kommt seriös daher, aber ist doch nur übergeschnappt. Etwas direkter gesagt: Eine von Illusionen gegenüber dem Kreml bestimmte deutsche Politik wäre unverantwortlich!

Kleinere Länder wie Österreich und bedrohte Länder wie die baltischen finden zu einer klaren Sprache, nicht jedoch jeder Koalitionspolitiker.

Mit freundlichen Grüßen,

Fritz W. Peter

1.) Anschreiben an Frau Dr. Merkel, 6.9.08

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

Moskaus Geheimdienstiktatur hat den mit Gorbatschow begonnenen Demokratisierungsprozess inzwischen komplett abgewickelt und macht sich daran, im „nahen Ausland“ die Bevölkerungen ebenfalls fügsam zu machen, ihnen eine selbstbestimmte Perspektive zu nehmen. Tschetschenien wurde nach Art einer Zigarettentippe ausgetreten, Georgien soll als eigenständiger Staat und als Partner und Transitland für Energieimporte Europas matt gesetzt werden. Estland, Litauen waren bereits Opfer massiver Cyber-Attacken, den Tschechen und Polen wurde angedroht, Raketen auf sie zu richten, Stückzahl unbekannt. Um die Krim -- vor allem wegen der Marinebasis -- wird es einen Entscheidungskampf geben. Die Krim zu verlieren, nach Ende des Pachtvertrags, wird von den Strategen in Moskau als Option gar nicht erst erwogen! In Kiew wird man seit dem Tag des russischen Einmarsches in Georgien nur noch sehr unruhig schlafen!

Der Kreml wird die Krim so wichtig nehmen wie Israel die Uran-Anreicherung aufseiten Irans. Für Israel hat dies existenzielle Bedeutung, für Russland hat die Krim keineswegs existenzielle Bedeutung. Der Kreml wird der Halbinsel aber diese Bedeutung beimessen.

Ohne eine **Sicherheitsperspektive** für Georgien und die Ukraine bliebe diesen Ländern nur ein Vasallen-Status. Eine eigenständige politische Entwicklung, weiterer institutioneller Aufbau etc. wären unmöglich. Die Aufnahme in den **Membership Action Plan** muss folglich ein Ziel sein. Ihr Wort in Tbilisi war richtig.

Der Membership Action Plan würde dem Land mehr Selbstkontrolle auferlegen. Für das unter georgischer Kontrolle stehende Staatsgebiet ergäbe sich **mehr Zurückhaltung, mehr Sicherheit, mehr Perspektive!** Einbindung Georgiens in die Nato-Struktur würde infolgedessen die Gefahr ausufernder internationaler Spannungen eher **bannen** als schüren! Nato-Mitgliedschaft für Georgien bedeutet ja beispielsweise nicht, dort Raketen zu stationieren (die von Moskau als Angriffsmittel aufgefasst würden). Vielmehr könnte im Beitrittsabkommen mit Georgien sogar explizit ausgeschlossen werden, dass Raketen oder andere Drohpotenziale stationiert/disloziert werden. Es geht ja nicht um Bedrohung Russlands von georgischem Boden, vielmehr geht von Russland eine Bedrohung für Georgiens Eigenstaatlichkeit aus. **Eine entsprechende defensive Verteidigungsstruktur in/für Georgien** könnte durch Verifizierungsabkommen mit Russland flankiert/sichergestellt werden.

Nicht nur der deutsche Außenminister ist anderer Meinung, auch z.B. der Unions-Fraktionsvize und Russland-Beauftragte Herr Dr. Schockenhoff. Um ihn zu zitieren: „Der Zeitpunkt für einen Membership Action Plan **war im April nicht gegeben, und ich sehe ihn beim nächsten Nato-Gipfel im Dezember noch weniger gegeben.**“ Schockenhoff zeigt eine **reflexhafte** enge Sicht, wenn er, fixiert allein auf Moskaus Drohungen, Georgiens Interessen erst gar nicht in den Blick nimmt. Auch **Europas** Interesse an der Absicherung der Eigenständigkeit Georgiens formuliert er nicht, obgleich es hier um **direkte und denkbar zentrale** Interessen geht. Der Membership Action Plan wie eben skizziert stellt einen **moderaten** Weg dar, um den Erfordernissen gerecht zu werden. Schockenhoff steht ganz im Bann Moskauer Drohhaltungen. Seine Warnungen sind suggestiv gemeint; er empfiehlt Verzicht auf eine Georgien-Politik: „**Wären wir bereit, nach einer erneuten militärischen Aktion Russlands zu eskalieren?**“ Herr Steinmeier unterstellt ebenfalls eine „**Eskalationsspirale**“ -- und will damit von aktiver Politik abraten.

Eine **Sicherheitsperspektive** für Georgien, die ja vor allem die innere Stabilisierung des Landes fördern soll und Voraussetzung für seine politische Entwicklung ist, zudem auch unmittelbar im Interesse Europas liegt, sollte aber von deutschen oder europäischen Politikern nicht kurzerhand **als Eskalationsgrund** zerredet und damit abgetan werden!

Beide Herren machen nicht genug geltend, dass die Nato ein Bündnis zur politischen Friedenssicherung ist und Moskau **nicht provozieren** will, aber dem Beitrittswunsch eines **souveränen** Staats eventuell folgen wird. Steinmeier/Schockenhoff folgen im Ergebnis der Moskauer Sicht und lehnen eine Nato-Perspektive für Georgien (usw.) strikt ab. Indirekt wird damit eine Logik bestätigt, nach der völkerrechtliche **Souveränität in Russlands Umfeld** nur eingeschränkt gilt und bereits der **Aufnahmewunsch** von Nachbarstaaten Russlands in die Nato eine Provokation gegenüber Moskau darstelle. Der völkerrechtliche Standpunkt wird damit verlassen.

Eine nächste Brüskierung durch Moskau -- Pressionen, rüdes Drohverhalten, Lieferboykott oder sogar ein weiterer territorialer Übergriff -- ist in hohem Maße wahrscheinlich. Mindestens muss damit gerechnet werden. Machtdemonstrationen des Kreml haben seit Putins Amtsführung mit zunehmender Frequenz stattgefunden, ebenfalls mit zunehmender Vehemenz, wie Georgien der Öffentlichkeit schlagartig verdeutlicht hat. Und sie waren auch zunehmend besser orchestriert -- nämlich von höchster Stelle!

Konzeptlose Beschwichtigung

Die Herren Steinmeier und Schockenhoff werden auch beim nächsten Anlass wieder von klaren Beurteilungen, hartem Widerspruch und konkreten Maßnahmen abraten. Die Beschwichtigung nährt jedoch in Moskau die (wohl nicht unrichtige) Vorstellung, dass man den eingeschlagenen Kurs noch eine ganze Weile fortsetzen kann. Vielleicht lassen sich ja die wichtigsten Übergriffe erledigen, bevor Europas Politiker geschlossen und entschlossen Front machen?

Es ist möglich und nicht einmal unwahrscheinlich, dass dies ein treibender Gedanke im Kreml ist; die breitschultrig auftretenden Moskauer Macher haben eine **klare Botschaft: Fügt Euch!** Geht besser aus dem Weg, wo wir unsere claims abstecken! Wie naiv muss man sein, um dies nicht zu erkennen? Wie sehr muss man die **Interessen** des politischen Europa, und noch mehr seine **Werte**, aus dem Blick verloren haben, wenn man unterstellt, Moskau beschwichtigen zu können?

Dass bisher kein Staat dem Beispiel Russlands zur Anerkennung der Regionen Südossetien und Abchasien gefolgt sei, erschrecke ihn nicht, sagte Putin und setzte gleich hinzu: „Steter Tropfen höhlt den Stein!“ „Steter Tropfen“, in der Verbindung mit **kalkulierten** Einschüchterungen und Übergriffen, wird das Konzept Moskaus sein, solange es Erfolg verspricht. Beschwichtigung ist für viele die Antwort. Ist es die richtige Antwort? Deckt sich diese **Antwort** mit dem Anspruch der **Verantwortung**?

Die Rede von den Werten und Interessen

Üblich geworden ist in der Beurteilung des Verhältnisses zu Russland eine krude bis abwegige Unterscheidung zwischen **Werten und Interessen**. Man spielt die Begriffe gegeneinander aus, zugunsten nahe liegender Interessen. Damit wird aber der **Interessenbegriff** (der die Frage einschließen muss, was sind deutsche und europäische Interessen) **verkürzt und verfehlt!**

Es ist ein **verkürzter**, unreflektierter Interessenbegriff, der gern populistisch von Vertretern der Politik eingebracht wird und der ein konzertiertes Handeln der Regierungen Europas behindert! Um nur ein Beispiel zu geben: „Wenn wir den Gesprächskontakt mit den Russen nicht aufrecht erhalten, ist die Konsequenz: **Wir werden frieren**“, so der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Europaparlament, Markus Ferber. **Ein** wesentlicher Interessenaspekt ist damit sicherlich auf anschauliche Weise beschrieben, es liegt jedoch auch im deutschen und europäischen **Interesse** zu gewährleisten, dass in Europa und Nachbarregionen ein gewaltfreies staatliches Miteinander besteht, bei dem Konfliktregelungen nicht willkürlich ablaufen, nach dem Recht des Stärkeren! Moskau definiert die Spielregeln aber derzeit just in dieser Richtung um! Und doch kommt der europäische Protest nur verhalten und erst allmählich in Gang! Eben weil Drohungen im Raum stehen und Beschwichtigung kurzfristig als Lösung erscheinen mag! Herr Ferber müsste aber erkennen, dass es auch dann zum Frieren kalt würde, wenn dem Kreml nicht entgegengetreten wird!

Übergriffen und Drohhaltungen **entgegenzutreten**, entspricht ja keineswegs nur europäischem **Werteverständnis**, sondern ebenso europäischer **Interessenpolitik**. Der Interessenbegriff darf also nicht auf die Gleichung „Interessen = Öl und Gas“ **verkürzt** werden. Zu glauben, das eine sind die „Werte“, das andere die „Interessen“, und hier zählten nur die „Interessen“, diese dann verkürzt zu interpretieren und dies für „Realpolitik“ zu halten, ist Nonsens.

Herr Ferber baut zudem einen Popanz auf, wenn er als Schreckbild den Abbruch der Gespräche an die Wand malt. Niemand will dies, vielmehr wünschen alle, dass die Geschäfte weitergehen, genauso der intensive politische Austausch. Und es wäre im Übrigen auch gar nicht so einfach, das Gespräch zu unterbinden. Die Erfahrung besagt, dass gerade wenn die Atmosphäre abkühlt, die diplomatischen Kanäle heiß laufen! Und unter Bedingungen des Kommunikationszeitalters werden Gespräche aller Art ohnehin kaum verstummen.

Beide Seiten werden das Bestreben haben zusammenzukommen! Anbieterung der **einen** Seite greift nur der Selbsterfahrung der **anderen** Seite vor. Es bedarf aber dieser Selbsterfahrung auf Seiten Moskaus, um das dortige Verhalten zu ändern. Will man nicht sehen, **dass der Kreml in einer international nicht kompatiblen Vorstellungswelt lebt?**

Schockenhoff

Herr Dr. Schockenhoff hat sich (u.a. im CDU-Magazin „Die Politische Meinung“, Dez. 2006) über **Werte** und die Frage einer „potenziellen **Wertepartnerschaft**“ mit Russland ausführlich geäußert, in seinen praktischen Empfehlungen dagegen, die er zur aktuellen Lage gibt, verliert sich seine Werte-Rhetorik vollständig, und es bleibt nur die Sorge, **dem Kreml keinen Anlass für Gegenmaßnahmen zu geben**. Die aggressive, fordernde Haltung des Kreml wird also zur Vorgabe für Schockenhoffs Argumentationslogik. Man muss leider befürchten, je aggressiver und fordernder die Haltung bzw. „die Vorgaben“ des Kreml werden, desto beschwichtigender werden auch Herrn Schockenhoffs (oder Herrn Steinmeiers) Empfehlungen sein.

Es ist misslich, wenn Politiker hochtönende Formulierungen finden, aber beim Anwendungsfall die Argumentation wechseln. Im vorliegenden Fall sind weder **die empfohlenen Formeln** (z.B. „Wertepartnerschaft“) tragfähig, noch ist **die empfohlene Praxis** der (Selbst-)Beschwichtigung vertretbar. Und zwar weder im Blick auf europäische **Werte** noch beim Blick auf grundlegende europäische oder grundlegende deutsche **Interessen!**

„Wenn die USA und ihre Verbündeten das Regime Saakaschwili, der keine Lehren gezogen hat, weiter unterstützen, wäre das ein Fehler von historischem Ausmaß“, rüffelt und droht Russlands Außenminister Sergej Lawrow. Völkerrechtliche Souveränität des russischen Nachbarlands, von dem er spricht, wischt Lawrow damit vom Tisch; der drohende Unterton ist ein Stück bewusster (und inzwischen wieder üblich gewordener) russischer Politik. Inhalt und Stil der Kreml-Politik sind damit skizziert: aggressiv, kraftmeierisch. In weiten Teilen der europäischen Öffentlichkeit und Politik scheint dies zu verfangen, genau dies jedoch bestärkt Russlands Machthaber in ihrer Haltung und Politik!

In das Zitat ließe sich auch anstelle des Namens des georgischen Präsidenten der des russischen Regierungschefs einsetzen -- vielleicht könnte es Herrn Lawrow einiges bewusst machen, wenn er dies Namensspiel einmal in einer ruhigen Stunde durchführte.

Steinmeier

Die Positionierung des deutschen Außenministers ist an anderer Stelle ausreichend beschrieben. Sein Konzept der „Annäherung durch Verflechtung“ wird durch die aktuellen Ereignisse einem eher peinlichen Realitätstest ausgesetzt. Die „eurasische Ehe“ scheint so bald nicht geschlossen zu werden! Es ist auch zu hoffen, dass kein **neuer Atlantikwall** errichtet wird. Herr Steinmeier rief ja jüngst im Rahmen des „Petersburger Dialogs“, März 2008, nach einer „Verflechtung der Zivilgesellschaften“, die „von der Atlantikküste bis nach Sibirien“ reichen sollte, Europas transatlantische Partner USA und Kanada also ausschliesse. Man fragt sich auch, wo es die russische Zivilgesellschaft gibt.

Bei einer solchen Haltung ist Beschwichtigung die logische Folge. Steinmeier sperrt sich gegen rationalere Einsicht. Im Textanhang zum Schockenhoff-Anschreiben, vor allem aber im Beitrag von Hans Rühle (s. Hinweise in der Anlage), wird auf Aspekte und den konzeptionellen Hintergrund dieses Verhaltens weiter eingegangen.

Resümee

Sie wissen, Frau Bundeskanzlerin, dass ich meine Kritik nicht unbedacht formuliere und weder die Koalition noch meine eigene Partei, in der ich lange vor der Wende Mitglied geworden bin, mutwillig kritisiere. Meine Kritik beruht auf nüchterner Analyse, und sie macht auch nicht Halt vor der eigenen Partei. In weiteren Schreiben an die Herren Kauder, Pofalla, Schockenhoff, die ich dieser Post beifüge, gebe ich zusätzliche Begründungen für die vorgetragenen Kritikpunkte. Es wäre von mir sicher vermessen und allzu naiv anzunehmen, dass die Schreiben einen Effekt haben könnten, aber ich habe sie dennoch den drei Herren (und mit Copy-Funktion zahlreichen Unions-MdB's) zugemailt. Die Kritik in meinen Schreiben mündet in einige **Überlegungen, die vielleicht weiterführen**. Ich bitte Sie daher um Durchsicht.

Mit einem bildlichen Vergleich möchte ich schließen. Gorbatschow sprach vom Gemeinsamen Haus Europa. Der Gedanke war ernst gemeint und wurde zum Beispiel in Deutschland mit viel Sympathie aufgenommen. Bereitschaft zum **Miteinander der Zivilgesellschaften** war da! Auf russischer Seite musste sich eine „Zivilgesellschaft“ allerdings erst bilden. Durch die Rückkehr unter Putin zu einem autoritären, repressiven Regime endete diese Entwicklung frühzeitig. Die russische Wirklichkeit liefert das **Gegenbild** einer selbstbestimmten Gesellschaft und auch das **Gegenbild** zu Europas Gesellschaften. Machtansprüche des Kreml nach innen und nach außen

ersetzen die Bereitschaft zum gleichberechtigten Miteinander. Europa wurde in der Bedeutung zurückgestuft. Der Kreml sucht Augenhöhe mit Washington und stellt Hegemonialansprüche in seinem „nahen Ausland“ -- keine guten Voraussetzungen für gute Nachbarschaft! In Politik und Öffentlichkeit bei uns wird aber häufig weiter unterstellt, dass gute Nachbarschaft erreichbar sei, wenn wir nur weit genug entgegenkommen.

Dass dies Entgegenkommen schnell zum „Fass ohne Boden“ werden kann, wird ausgeblendet. Die aktuelle Situation zeigt allerdings, dass es Grenzen der Akzeptanz gibt oder diese Grenzen bei künftigen Auseinandersetzungen erreicht, auch überschritten werden könnten. Immer noch werden vor dieser Möglichkeit die Augen geschlossen! Lieber wird beschwichtigt und manche europäischen Politiker oder Regierungen nehmen eine Haltung ein, so als wollten sie anfragen, welche Kreml-Erwartungen sie erfüllen müssen, damit sie als Europäer in ihren Territorien des Gemeinsamen Hauses Europa noch weiterregieren dürfen.

Nach dem Mord an Anna Politkowskaja sagten Sie in Dresden beim Besuch Putins und wohl für dessen Ohren bestimmt, ein Zusammenleben, in dem es nicht auch widersprechende Auffassungen gibt, könnten Sie sich nicht vorstellen. Es war, dem Besuchsanlass und äußeren Rahmen entsprechend, höflich-neutral formuliert. Nun wird dem Kreml dasselbe nochmal gesagt werden müssen -- auf europäischer und auch deutscher Ebene! Wird die deutsche Regierung einschließlich ihres Außenministers (auch die Rolle ihres Russland-Beauftragten könnte genannt werden) annähernd genug Nachdruck aufbringen, damit es in Moskau diesmal verstanden wird?

Mit freundlichen Grüßen,

Fritz W. Peter
[6.9.08]

Anlagen

Anschreiben an Herrn Kauder
und Fraktionsabgeordnete
(v. 20.8.08)

Anschreiben an Herrn Dr. Schockenhoff
plus Textanhang
(v. 28.8.08)

Essay/Analyse
v. Dr. Hans Rühle
„Russlands Weg zurück in die politische Eiszeit“,
in der Druckausgabe unter dem Titel: „Irrwege nach Moskau“
www.welt.de/politik/article2366236/Russlands-Weg-zurueck-in-die-politische-Eiszeit.html
in: DIE WELT, 28.8.08

Essay/Analyse
v. Dr. Hans und Michael Rühle
„Präventiver Nuklearkrieg in Europa“
www.faz.net/IN/INtemplates/faznet/default.asp?tpl=common/zwischeneseite.asp&dx1=%7BF807ABD7-708E-2EF6-B771-C031D9B1A770%7D&rub=%7BC22DB815-39B5-4F24-8943-CB7B309A1768%7D
in: F.A.Z. v. 13.8.08

2.) Anschreiben an Herrn Dr. Schockenhoff u. Textanhang

From: [Fritz W. Peter](#)

To: [Andreas Schockenhoff](#)

Sent: Thursday, August 28, 2008

An den Stellvertr. Vorsitzenden der Unions-Bundestagsfraktion, zudem Koordinator für die deutsch-russische zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt
Herrn Dr. Andreas Schockenhoff

Sehr geehrter Herr Dr. Schockenhoff,

die Kritik an der Haltung Steinmeiers und Becks im Kaukasus-Konflikt, die ich im Folgenden vortrage, richtet sich zu einem Teil auch auf die Position, die Sie in der Vergangenheit eingenommen haben. In Ihrem Beitrag „Russland -- ein potenzieller Wertepartner“, in: Die Politische Meinung, 12/2006, betonten Sie wenig kritisch, dass Russland ein „strategischer Partner“ sei und vom Westen nur gleichsam lange genug umworben werden müsse, um auch zum „Wertepartner“ zu werden. Ein gutes halbes Dutzend Mal beschwören Sie in Ihrem kurzen Artikel die „strategische Partnerschaft“ bzw. „potenzielle **Wertepartnerschaft**“. Wie sehr Sie sich verstiegen haben, dürfte in den letzten Wochen klar geworden sein! Erkennbar war es aber auch vorher (siehe dazu die Ausführungen im Anhang zu diesem Schreiben).

Es mag eine Reihe gemeinsamer Interessenlagen mit Russland geben, aber erstens muss der Kreml auch bereit sein, dies (a) zu erkennen und (b) in seinem Handeln zu berücksichtigen, und zweitens sollte man aus politischer Verantwortung heraus nicht unter den Tisch fallen lassen, dass es neben **erhoffter** „strategischer Partnerschaft“ auch eine tiefgreifende und wachsende strategische **Gegnerschaft** mit Moskau gibt. Die Formel von der „strategischen Partnerschaft“ lag stets allzu sehr auf Linie mit der SPD und der Linken. Diese Formel sollte in bestimmter Richtung „politische Führung“ geben, tatsächlich diente sie in unkritischer Verwendung der politischen **Irreführung**. Dies müssen selbst diejenigen jetzt erkennen, die es partout nicht erkennen wollten. Man hätte es besser wissen können und müssen!

An Herrn Kauder habe ich am 20.8. eine Mail mit Bezug zur vorliegenden Thematik geschickt und Ihnen eine Kopie zukommen lassen. Darin gehe ich zunächst auf den kürzlichen Rühle-Beitrag „Präventiver Nuklearkrieg in Europa“ ein. Danach folgt eine **Kritik an der Haltung Steinmeiers im Kaukasus-Konflikt**. Den Textteil zur Haltung Steinmeiers habe ich in der Ihnen hier vorliegenden Mail (siehe Text im Mail-Anhang) nochmals aufgenommen und um weitere Ausführungen ergänzt.

Die beigegefügte Textdatei werde ich in den nächsten Tagen online stellen. Das an Sie gerichtete Schreiben versende ich mit Copy-Funktion auch an Ihre Fraktionskollegen. Dem Kanzleramt leite ich das Schreiben mit gesondertem Anschreiben ebenfalls zu.

Zu meiner Person: Ich bin seit fast 30 J. Mitglied der CDU und immer noch erstaunt, wie abgeschottet der politische Betrieb ist. Kritischer Kommentar bleibt in aller Regel unbeantwortet. Da ich auch seit vielen Jahren aktiv mitwirke, fällt mir die Bürgerferne besonders auf. Ich weiß nicht, wie lange ich mir diesen Grundzustand noch ansehen möchte -- noch „antun“ werde, um es umgangssprachlich auszudrücken; ich vermute,

nur noch bis zur Aufgabe meiner Bezirksvertretertätigkeit in der CDU-Fraktion meines Wohnorts mit Ablauf der Wahlperiode im Mai 2009.

Nun zurück zum Anlass meiner Kritik: Wunschencken bestimmte das Konzept der „strategischen Partnerschaft mit Russland“. Die Kreml-Politik **seit Putin** (nach innen **repressiv**, mit traurigem Erfolg, nach außen **aggressiv**, mit innewohnender Dynamik) hat Russland in eine **zunehmende strategische Interessengegnerschaft** zu Europa (als Nachbarregion) und zum Westen insgesamt gebracht. Zu fragen ist: Genügt eine Reaktion wie die des deutschen Außenministers?

Im Text der Anlage setze ich bei dieser Frage an. Außer Steinmeiers wird auch Becks Haltung im Textverlauf angesprochen. Beide stehen nur **stellvertretend** -- nämlich für eine Politik der Beschwichtigung und Selbsttäuschung.

Ich darf ab hier auf den Text der **Anlage** verweisen. Es würde mich freuen, von Ihnen zu hören.

Mit freundlichen Grüßen,

Fritz W. Peter

Anlage, Textanhang

Steinmeiers Haltung

Genügt eine Antwort wie die Steinmeiers? „Es scheint mir nicht sehr sinnreich zu sein, die Zusammenarbeit mit Russland einzustellen.“ „Isolierung Russlands“ sei „kein Rezept für die Zukunft!“ Zunächst wäre hier wohl die Gegenfrage angebracht, wer die Zusammenarbeit mit Russland denn überhaupt einstellen möchte? In Deutschland sicher niemand! Angesichts des russischen Verhaltens stellt sich aber die Frage, ob man die Zusammenarbeit in spezifischen Bereichen überprüfen sollte und eventuell einschränken muss, um damit ein klares Signal zu senden, das von erklärten Vertretern einer **reversionistischen Politik** ausreichend verstanden wird! Undeutliche Signale werden von solchen Adressaten bekanntlich gern als Zustimmung gewertet -- weitere Aggressionshandlungen wären dann jedoch vorprogrammiert. Stattdessen sollten Grenzen der Akzeptanz **rechtzeitig** verdeutlicht werden. Man sollte doch die deutsche geschichtliche Erfahrung nicht immer von neuem zitieren müssen, damit dieser Mechanismus begriffen wird!

Auch Steinmeiers Formulierung „**kein Rezept für die Zukunft**“ erweist sich als Polemik. Im Richtungsstreit geht es nicht nur um eine **vage Zukunft**, sondern die direkte Gegenwart. Was wird aus der Kaukasus-Republik, ihrer politischen Verfasstheit, und kann die Unabhängigkeit einer **zentralen** Versorgungslinie zwischen Öl- u. Gaslagerstätten in der Kaspischen Region (sowie Zentralasien) und dem existenziell angewiesenen Großkunden Europa gewahrt werden? Dazu bedarf es unmittelbarer politischer Reaktionen, zumal der „Übergangstatus“, der sich jetzt in Georgien abzeichnet, durch willkürlich erhobene (einseitig definierte und völkerrechtswidrige) russ. Gebietsansprüche **festgeschrieben** werden wird! Kann Steinmeier dies wollen?

Wird er auch beim nächsten russischen Übergriff (wie Georgien wäre die Krim für Moskau ein lohnendes Objekt) der deutschen Wählerschaft und Wirtschaft dieselben Formeln präsentieren? Überlässt Steinmeier es auch dann **anderen** Politikern, eine Sprache und Haltung zu finden, mit der der russischen Seite bei Willkürakten die **Grenzen** der Akzeptanz aufgezeigt werden? Muss es denn wirklich zu einem Merkmal deutscher Politik werden, dass das Kapitel Schröder immer neue Fortsetzungen findet? Sprich, jede Handlungsweise des Kreml wird gedeckt, zum Beispiel gesteuerte und gefälschte Wahlen werden als „lupenrein demokratisch“ erklärt. Anders gefragt, muss es denn wirklich sein, dass durch Beschwichtigung (mit teilweise fließenden Grenzen zur Kumpanei, siehe Schröder) Aggressionshandlungen **wahrscheinlicher** gemacht werden, indem Widerspruch und Gegenwehr ausbleiben?

Ist der deutsche Außenminister beim Thema Russland in personam eine lebende Vorabgarantie, dass Kritik, Widerspruch, Gegenwehr ausbleiben? Auch bei gravierenden Anlässen wie völkerrechtswidrigen Übergriffen einschließl. einer **faktischen Annexion** von Teilen des georgischen Kernlands? Denn es wurde ja um Ossetien und vorgelagert zu Abchasien bis tief ins georgische Kernland freihändig eine „Schutzzone“ errichtet! Russland nimmt sich ganz nach Belieben, und der deutsche Außenminister beliebt abzuwiegeln. Seit dem Weltkrieg ist im europäischen Raum Landnahme durch Eroberung aus gutem Grund ein Tabu, das es zu bewahren gilt, und der deutsche Außenminister scheut jedes klare Wort, lässt keinen harten Widerspruch erkennen, keinen energischen Versuch der Missbilligung gegenüber Moskau. Vielmehr richtet sich das Bemühen auf ausweichende Kommentierungen nach Art der oben zitierten Sätze; ganz „cool“ sollte wohl folgende Bemerkung erscheinen. Steinmeier: „Da sind zu viele mit dem Streichholz unterwegs, statt den Feuerlöscher zu bedienen.“ Der Seitenhieb richtete sich freilich nicht an die Strategen des Kreml, die seit der Unabhängigkeit Georgiens nach dem Zerfall der Sowjetunion mehr und mehr zu zündeln versucht haben (mit Erfolg, wie man nun sehen kann), sondern an diejenigen, die eine klare und nicht floskelhafte Verurteilung und Beendigung der russischen Missachtung georgischer Souveränität fordern.

Es wäre mehr als naiv zu unterstellen, dass Steinmeier auf „Moderation“ bedacht ist (Stichwort „Feuerlöscher“). Steinmeier teilt die Sicht Moskaus -- weit mehr als einen kritikbereiten Standpunkt! Steinmeier spielt die Außenposition und möchte sie als Zentralposition definieren. Seine Haltung wie die Schröders ist nicht vermittelnd, sondern an Moskaus Interessensicht angelehnt. Schröder hat die Moskauer Interessensdefinition längst vollständig übernommen und Steinmeier hat bisher nicht klargemacht, wo er sich infolge von **Wertebezügen und Interessen** signifikant von Moskauer Positionen absetzt -- eher scheint bei Steinmeier eine weitgehende und biegsame, **generelle Übereinstimmung** mit dem, was er für den Kreml-Standpunkt hält, zu bestehen.

Nato – Membership Action Plan

Der **Membership Action Plan** für Georgien würde dem Land mehr **Selbstkontrolle** auferlegen. Für das in eigener Kontrolle verbliebene Staatsgebiet ergäbe sich dadurch mehr Sicherheit und Perspektive. Die **sukzessive, zumindest partielle Einbindung** Georgiens in die Nato-Struktur würde die Gefahr ausufernder internationaler Spannungen daher eher bannen als schüren!

Russland hätte **im Blick auf seine künftige Entwicklung** selbst den größten Gewinn von einer deutlich vorgetragenen Kritik und Gegenwehr des Auslands. Denn nur dann muss sich Moskau

überhaupt mit anderen als den eigenen Sichtweisen befassen. Eingefordert würde ja vom Kreml eine mit seinem „nahen Ausland“ und der internationalen Gemeinschaft kompatible Politik. Der Effekt einer **deutlichen** Positionierung wäre mit Blick auf künftige Konflikte auch nachwirkend sicher ein anderer als bei einer zerstrittenen oder ausweichenden Gegenreaktion.

Kurt Beck etc.

Auch Kurt Becks betonter Hinweis, dass er ein „gutnachbarschaftliches Verhältnis“ zu Russland wünscht, folgt einem durchsichtigen Muster -- denn **wer möchte dies nicht?** Unter den Parteien **im Bundestag ist ja nicht strittig, dass** man dies möchte, sondern **wie** es erreicht werden kann! Genügt ein nur „pflichtgemäßer“ Protest? Im Kreml würde dies als Hinnahme seines Vorgehens in Georgien gewertet. Oder muss es sehr entschiedene Reaktionen geben, in der Verbindung mit konkreten Maßnahmen? Um diese Frage drücken sich Beck und seine Partei -- wie auch der von ihr gestellte Außenminister.

Die immensen bisherigen Bemühungen (seit Zerfall der Sowjetunion), die Zusammenarbeit mit Russland auf allen Feldern auszubauen, haben offenbar ein „gutnachbarschaftliches Verhältnis“ nicht dauerhaft aufrechterhalten können! Diese Bemühungen dauerten an trotz Abwicklung der Demokratie in Russland unter Putin u. obwohl der Ton von russ. Seite gegenüber Nachbar- und anderen Staaten beständig schärfer wurde -- und dabei durchaus an Sowjetzeiten erinnerte! Der deutsche Außenminister verfolgte gegenüber Russland, in der Spur Schröders, sogar hartnäckig und ausdrücklich das Konzept einer „**Annäherung durch Verflechtung**“!! In Washington und bei den Regierungen des „Alten Europa“ definierte man das Verhältnis zu Russland emphatisch als „**strategische Partnerschaft**“! Schon 1991 wurde Russland inoffiziell, seit 1997 offiziell, in die G7, nun G8, aufgenommen, obwohl das Land damals nur unzureichend (und heute gar nicht mehr) dem Aufnahmekriterium eines demokratischen Industriestaats entsprach (entspricht). Der **Nato-Russland-Rat** wurde gebildet (2002). Russland stellt einen Botschafter bei der Nato. Der Kreml hat aber in die vielen ausgestreckten Hände auf Dauer nicht einschlagen wollen, sondern sie als Zeichen der Schwäche interpretiert. Zentrales Motiv Moskaus war also nicht der Ausbau der Beziehungen. Maßgeblicher war für die russische Führung, auf Augenhöhe mit Washington zu stehen. Macht und Status, nicht Beziehungen und Entwicklung, erwiesen sich als vorrangige, handlungsleitende Prinzipien der Kreml-Politik.

Fazit 1: Man kann sich mit Beck ein gutnachbarschaftliches Verhältnis mit Russland wünschen, aber sollte kein naives, sondern ausreichend kritisches Bild der Motivlagen im Kreml haben und wissen, dass „gute Nachbarschaft“ zwischen Staaten niemals von nur einer der beteiligten Seiten herbeigeführt (und schon gar nicht herbeigebettelt) werden kann.

Fazit 2: „Gute Nachbarschaft“ mit Russland wäre besonders **beruhigend** für die unmittelbaren Nachbarländer. Sie blicken auf eine mehr als problematische Erfahrung mit Russland zurück -- **nun müssen sie sich wieder durch den russischen Nachbarn bedroht fühlen.** Der Kreml hat deutlich gemacht, dass er Ansprüche auf das „nahe Ausland“ stellt; dies betrifft Länder, die der Sowjetunion einverleibt waren, wie u.a. Georgien und andere kaukasische Staaten, die Ukraine oder die baltischen Staaten. Der oft hohe Anteil an russischer Bevölkerung dient dem Kreml als Vorwand für Übergriffe.

Fazit 3: In der hiesigen (deutschen) politischen Diskussion fällt auf: **Erwähnt** und **betont** wird der Wunsch nach „guter Nachbarschaft“ regelmäßig im Verhältnis zu **Russland**. Der Blick auf Russland verdrängt dabei manchmal den Blick für die **osteuropäischen** EU-Partnerländer. Das Verständnis für **russische** Interessen ist in einigen politischen Parteien in Deutschland -- sagen wir es höflich -- ausgeprägter und „spontaner“ -- als das Verständnis für die Interessensicht der Osteuropäer, mit denen wir doch immerhin eine **gemeinsame Union** bilden! Das heißt, es wäre gut, wenn deutsche Politiker klarmachen, dass der Wunsch nach einem gutnachbarschaftlichen Verhältnis zu Russland **sich durch ein entsprechendes Kreml-Verhalten ebenso für die Ost-europäer realisieren müsse!** Diese Botschaft an den Kreml wäre -- wenn politischer Wille und Überzeugung dahinter stehen -- ein **Beitrag zum Frieden in Europa** für kommende Jahrzehnte, schlichter ausgedrückt, ein Beitrag zu einem „gutnachbarschaftlichen Verhältnis“.

Kann man solche Friedensbeiträge von der SPD erwarten?

Ausgewählte Kommentare

Nachfolgend sind einige Presse-Kommentare festgehalten.

Die Kommentare verdeutlichen -- signalisieren gleichsam -- die Bedrohung für die europäische Friedensordnung durch den offen machtpolitischen und ideologisch „großrussischen“ Anspruch der Führung im Kreml. Die jüngsten Ereignisse lassen (falls man sich nicht in Floskeln über die **angeblich** grundlegenden gemeinsamen, „strategischen“ Interessen mit Russland **flüchten** mag) den Betrachter in einen Abgrund schauen. Moskau verfolgt revisionistische Ziele. Wie in Zeiten der Sowjetunion regiert in den Köpfen wieder eine expansive Ideologie, wieder wird eine eigene territoriale, auszuweitende Einflussosphäre beansprucht und für legitim gehalten. Die Frage nach den „Kosten“ für die betroffenen Nachbarländer, nach ihrer Souveränität, ist in Moskauer Sicht nicht relevant. Der Kreml hat seine revisionistischen Ziele, wie immer deutlicher wird, anderen Politikzielen übergeordnet und verfolgt sie offenbar mit Konsequenz und Härte, unbeeindruckt von Protesten des Auslands. Sind „Partnerschaft“ oder „strategische Partnerschaft“ zutreffende Bezeichnungen für die Beziehungen, die Russland für seine Außenwelt gegenwärtig bereithält? Werden einige europäische Regierungen mit der Politikformel der „strategischen Partnerschaft mit Russland“ auch künftig vor sich selber den Charakter der russischen Aggression verbergen wollen? **Wie lange werden sie die Aggression durch Fehleinschätzungen u. verschleiernde Politikformeln noch ermuntern wollen?**

1.) Karl-Peter Schwarz, F.A.Z.-Kommentar „Von Breschnew zu Putin“, 19.8.08:

„ ... [endgültiger Zerfall der Sowjetunion 1989 - 1991] **Dieses Ende empfindet die alte KGB-Seilschaft, die nach dem Ende der Ära Jelzin die Macht im Kreml ergriffen hat, heute als ähnlich schändlich wie Hitler einst das Versailler Diktat** [meine Hervorhebung]. Putin, der den Zerfall der Sowjetunion für die ‚größte geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts‘ hält, hat mit der militärischen Intervention in Georgien gezeigt, **dass der Kreml nicht mehr gewillt ist, die Zügel aus der Hand zu geben. Er lässt es nicht mehr zu, dass sich Länder in einer geopolitischen Zone, die er für die Seine hält, aus freien Stücken für die Bindung an den Westen entscheiden** [meine Hervorhebung]. Die russische ‚souveräne Demokratie‘,

nach innen hin ein autokratisches und repressives Regime, ist nach außen hin heute ebenso wenig in der Lage, die Souveränität der Nachbarstaaten zu akzeptieren wie vor ihr die Sowjetunion und das Zarenreich. **Das ist der wahre Kern des hohlen Geredes über die angebliche russische Furcht, vom Westen ‚eingekreist‘ zu werden, denn von den freien und demokratischen Staaten an seinen Grenzen geht keine Gefahr für Russlands Sicherheit aus.**“
[meine Hervorhebung]

2.) Berthold Kohler, F.A.Z.-Kommentar „Die Opfer des Einmarsches“, 15.8.08:

... „Russland muss verdeutlicht werden, dass der Rückgriff auf Rhetorik und Mittel des Kalten Krieges einen politischen Preis hat. Doch werden das auch EU und Nato zur Richtschnur ihrer Russland-Politik machen können? Mit Unentschlossenheit und Uneinigkeit ist der Kreml nicht zu beeindrucken. [...]

Will Europa sich nun selbst in alt und neu, gut und schlecht einteilen -- je nachdem, wer wie innig an das friedliebende Russland glaubt? Putin hat noch jeden kleinen Riss in Nato und EU zu nutzen gewusst. **Die EU täte gut daran, sich eher um die eigene Geschlossenheit zu kümmern als um das Seelenleben Russlands.** [meine Hervorhebungen]

Vor allem aber sollten die Westeuropäer nicht länger glauben und auch noch lauthals verkünden, man müsse wegen der unerlässlichen Zusammenarbeit mit Moskau in den großen Fragen der Weltpolitik bei den ‚kleinen‘ ein Auge zudrücken. Russlands Vorgehen in Georgien, angefangen bei der Russifizierung Südossetiens, ist keine Petitesse. Die Hinweise auf die Ähnlichkeiten mit der Niederschlagung des Prager Frühlings vor genau vierzig Jahren [...] entstammen nicht reiner Hysterie. **Das Russland Putins, in dem die Stalin-Denkmäler wieder gepflegt werden, will nicht, dass seine Vergangenheit vergeht -- jedenfalls jene nicht, in der es groß und mächtig war.**“ [meine Hervorhebung]

3.) Milan Horáček, WELT-Gastkommentar „Denkt an Prag!“, 23.8.08; Horáček ist gebürtiger Tscheche, emigrierte nach den Ereignissen des Prager Frühlings (1968) nach Deutschland, ist Gründungsmitglied der Partei der Grünen und Europaabgeordneter für Bündnis 90/Die Grünen. Zitatauszug seines Gastkommentars:

„[...] wenn ich jetzt den Krieg in Georgien sehe, dann denke ich an die ermordete Journalistin Anna Politkowskaja, an den politischen Häftling Michail Chodorkowski, an Tschetschenien sowie die Lage der Menschenrechte in Russland. Die Olympischen Spiele in Peking erfreuen mich auch nicht; nicht nur wegen Tibet, sondern auch wegen der Menschenrechtssituation in China selbst. Deshalb denkt an Prag!“

Anmerkung: Beim Moskauer Schauprozess gegen Chodorkowski hatte Horáček auf Einladung der Verteidiger Gelegenheit, den Ablauf während der Urteilsverkündung mitzuverfolgen. Über Horáčeks Eindrücke berichtete die Frankfurter Allgemeine Zeitung (20.5.05, Nr. 115 / S. 6): „[...] Horáček, der als Häftling im kommunistischen Jugoslawien und in der Tschechoslowakei Gefängnisse und Militärgefängnisse kennengelernt hat, sagt, **etwas derart Gespenstisches wie die Umstände der Moskauer Verhandlung habe er noch nie erlebt. ‚Das war kein Europa!‘ Seine Begleiter erwiderten, derlei sei hier normal.**“ [meine Hervorhebung] [vergleiche „Ende der Krötenwanderung“, 23.5.05; siehe Anhang: Titelhinweise]

Dieser eindrucksvolle Satz „Das war kein Europa!“ wird in den Reihen mancher Parteien wohl nicht gehört werden, insbesondere jenen, die sich auf ihre „internationalistischen“ Traditionen soviel zugute halten!

3.) Auswahl eigener Beiträge zum Themenbereich

„Strategische Partnerschaft“ – Politikformel zum Beschweigen der Gegensätze. Mit einem Offenen Brief an die Kanzlerin

[zudeckendes Vokabular als Ausdruck von Ratlosigkeit der Politik]

www.wadinet.de/news/dokus/1600_Leerformel-StrategPartnerschaft.pdf

Peter, April 2007 (10 S.)

Wohin treibt Russland? Wuchernder Staat auf Kosten der Gesellschaft

[Abwicklung v. Demokratie u. Zivilgesellschaft, Rückkehr zur Staatswirtschaft]

www.wadinet.de/news/dokus/131_Putins-Absichten--Merkels-Antworten.pdf

Peter, Febr. 2006 (22 S.)

Russlands Drittes Reich. Wo die Macht die Menschen zertritt

[der Mord an Alexander Litwinenko; Bewertung und Presse-Kritik]

www.wadinet.de/news/dokus/1030_Russlands-Drittes-Reich.pdf

Peter, Nov. 2006 (16 S.)

Thema Russland: Michael Stürmers Problem. Zwischen aufdeckendem und zudeckendem Journalismus

[tja, wenn beim Thema Russland durchgängig Milde angesagt ist]

www.wadinet.de/news/dokus/2009_Michael-Stuermers-Problem.pdf

Peter, Nov. 2007 (18 S.)

Organisierte Verantwortung statt multipolarer Ideologie

[die Ideologie des „Multipolarismus“ übersieht geflissentlich, dass eine multipolare Welt auf ein eher gesteigertes Machtspiel hinausläuft]

www.wadinet.de/news/dokus/140_Prinzip-der-regionalen-Verantwortung.pdf

Peter, Mai 2006 (12 S.)

Schröder, Chirac: Re-Nationalisierung der Politik

[eine Politik der europ. u. transatlantischen Spaltung]

www.wadinet.de/news/dokus/Das_Alte_Europa.pdf

Peter, Okt. 2004 (36 S.)

Putin und SPD nehmen Deutschland in die Klemme

[ungute Wahlverwandtschaften sozialdemokratischer Energiepolitik]

www.wadinet.de/news/dokus/1888_SPD-bringt-Deutschland-in-die-Klemme.pdf

Peter, August 2007 (2 S.)

Gas- und Interessenverkäufer Schröder

[Schröder deckt Einschüchterung und Cyber War des Kreml gegen Estland.

Decken sich Schröders Haltungen noch mit den Positionen der SPD?]

www.wadinet.de/news/dokus/1666_Demokratieverständnis-der-SPD.pdf

Peter, Mai 2007 (6 S.)

Thema China: Pekings unfröhliche Spiele. Fehlende oder passive sozialdemokratische Antworten

[eine Kritik des ZEIT-Artikels von Theo Sommer zum China-Tibet-Konflikt; seine Empfehlungen an die Politik basieren auf falschen Annahmen; einbezogen in die Kritik ist auch die devote Haltung von **Außenminister Steinmeier**]

www.wadinet.de/news/dokus/2013a_Fallbeispiel-China-Tibet-Konflikt.pdf

Peter, April 2008 (16 S.)

Ohne substanzielles Eintreten für Menschenrechte verliert Europa Orientierung und Handlungsfähigkeit

[eine Kritik zweier Kommentare zum China-Tibet-Konflikt]

www.wadinet.de/news/dokus/2013b_Gegen-Majestaetsbeleidigung.pdf

Peter, April 2008 (14 S.)

Schröder wird immer peinlicher/pds-licher

[sonst Moskaus „Pudel“, nun „Pekinese“]

www.wadinet.de/news/dokus/2007x_Schroeder-wird-immer-peinlicher.pdf

Peter, 10.11.07 (4 S.)

Ende der Flegeljahre in der deutschen Politik

[zur außenpolitischen Bilanz der rotgrünen Regierung]

www.wadinet.de/news/dokus/Ende-der-Flegeljahre.pdf

Peter, Okt. 2005 (18 S.)

Sind Polens Sorgen wirklich grundlos?

www.wadinet.de/news/dokus/1800_Sind-Polens-Sorgen-grundlos.pdf

Peter, Juli 2007 (10 S.)

Deutsche Ambivalenzen zwischen Ost und West

www.wadinet.de/news/dokus/08_Zwischen-Ost-und-West.pdf

Peter, Dez. 2005 (7 S.)

Russland-Iran: Eine ungute Achse.

Wo die Religion der Macht die Legitimität der Macht ersetzt

[„Zwei Brüder im Geiste“ der Diktatur? Wird der Kreml Teheran decken?]

www.wadinet.de/news/dokus/1360_Strategischer-Partner-oder-Blockierer.pdf

Peter, Febr. 2007 (5 S.)

Ende der Krötenwanderung

www.wadinet.de/news/dokus/24_Ende-der-Kroetenwanderung.pdf

Peter, 23.5.05 (2 S.)

Titelliste 2008 [Fritz W. Peter]

www.wadinet.de/news/dokus/Fritz-W-Peter-Titelliste-2008.pdf

Titelliste 2002 – 2007 [Fritz W. Peter]

www.wadinet.de/news/dokus/Titelliste-mit-Seitenangaben.pdf